
An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr und Mobilität
Herrn Wolfgang Weesbach

Rathaus Uhlstraße 3

50321 Brühl

Brühl, 15. November 2021

Antrag: Ausbaukonzept Stadtbus

Sehr geehrter Herr Weesbach,
wir bitten Sie, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Mobilität am
30.11.2021, folgenden Antrag in der Tagesordnung zu berücksichtigen.

Beschlussentwurf

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, das den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 29.06.2021, die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 zu verdoppeln, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen, umsetzt. Dieses Konzept muss insbesondere folgende Fragen beantworten:

- Wie stark und in welchen Bereichen (Betriebszeiten, Taktverdichtungen, Linienführungen) muss das Stadtbussystem -Angebot ausgebaut werden, um das definierte Ziel zu erreichen?
- Welche Pull-Maßnahmen im Bereich der vernetzten Mobilität (Mobilstationen, Sharingssysteme) sind erforderlich?
- Welche verkehrsplanerischen Push-Maßnahmen (z. B. Parkraummanagement, Stellplatzsatzung, Zufahrtsbeschränkungen) sind notwendig?
- Welche Zielgruppen sind durch welche Marketingaktivitäten als Kunden zu gewinnen und zu binden? (Ausprobieren von Kennenlernangeboten, z.B. kostenlose Fahrten an Wochenenden mit Marktangebot wie Frühlingsmarkt o.ä.)
- Welche zielgruppen- und standortbezogenen Mobilitätsmanagementmaßnahmen sind erforderlich (Betriebliches Mobilitätsmanagement, Schulisches Mobilitätsmanagement, Neubürgermarketing)?
- Wie viele Mittel sind für den Ausbau des Stadtbus-Angebots erforderlich?

- Welchen Beitrag leistet der Ausbau zu den Klimaneutralitätszielen der Stadt Brühl?
- Welche Personalressourcen müssen in der Kommunalverwaltung vorhanden sein, um das Stadtbussystem zu managen?
- Welche neuen Instrumente zur Stadtbusfinanzierung können eingesetzt werden und welchen konkreten Finanzierungsbeitrag können diese leisten?
- Durch welche Maßnahmen können eine kostengünstigere Fahrpreisgestaltung und Preissenkungen für bestimmte Ticketarten erreicht werden?

Begründung

Der Beschluss der Verkehrsministerkonferenz der Länder vom 29.06.2021¹, die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 zu verdoppeln, definiert ein wichtiges Teilziel, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Die Stadt Brühl kann mit einem starken öffentlichen Verkehr einen relevanten und zugleich in hohem Maße sozialverträglichen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehr leisten. Andererseits erwarten wir auch für die Erreichung eines so ambitionierten Zieles verbindliche gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen von Bund und Ländern.

Im Verantwortungsbereich der Stadt Brühl liegt die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Stadtbussystems (ÖPNV-Gesetz NRW, §3 Aufgabenträger). Im Rahmen dieser Zuständigkeit strebt die Stadt an, die Fahrgastzahlen im Stadtbussystem bis 2030 zu verdoppeln. Dazu ist jedoch die Klärung der notwendigen Maßnahmen und der Finanzierung erforderlich.

Das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts und der Bericht des Weltklimarates IPCC haben aktuell nochmals eindringlich die Herausforderungen des Klimawandels dargestellt. Mit der Anpassung des Klimaschutzgesetzes wurde der zeitliche Handlungsdruck erhöht. Der vorgegebene Reduktionspfad im Sektor Verkehr bis 2030 ist hoch ambitioniert. Während die CO₂-Emissionen in nahezu allen Sektoren (darunter Energie, Industrie, Landwirtschaft) gesunken sind, blieben sie im Verkehrssektor in den vergangenen 30 Jahren in Deutschland konstant. Nach 30 Jahren ohne Veränderung sollen die Emissionen im Verkehrssektor nun binnen zehn Jahren um 40 Prozent gesenkt werden.

Ein starkes und gut ausgebautes Stadtbussystem ist zum Erreichen der Klimaziele für Brühl elementar wichtig, da gerade hier großes Potential zum Umsteigen vom Auto auf den Bus besteht. Wir sehen den Ausbau des Stadtbussystems aber auch als Chance, die soziale Teilhabe für alle Brühler Bürgerinnen durch die bessere zeitliche und räumliche Erschließung des Brühler Stadtgebiets zu sichern sowie die Erreichbarkeit der Brühler Innenstadt auch unabhängig vom Auto zu erhöhen.

Dies kann aber nur gelingen, wenn neben dem Ausbau (Pull-Faktor) auch die Einbeziehung von Push-Maßnahmen die Attraktivität des Stadtbussystems erhöhen. Zudem ist

¹ VMK-Beschluss vom 26.02.2021; bestätigt am 15./16.04.2021 und abschließend konkretisiert durch Beschluss der Sonder-Verkehrsministerkonferenz 29.6.2021
(<https://www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/21-06-29-sonder-vmk-telko.html?nn=4812620>)

zielgruppenspezifisches Marketing die Grundlage für eine selbstverständliche Nutzung und Wertschätzung des ÖPNV. Ziel ist es, den Status des Stadtbussystems als Rückgrat des Umweltverbundes gemeinsam mit dem Fuß- und Fahrradverkehr sowie den Sharingsystemen gezielt anzuheben.

Die angestrebten Veränderungen werden mit der bisherigen ÖPNV-Förderung über Nutzerfinanzierung und Steuerfinanzierung nicht möglich sein. Neue Finanzierungsinstrumente sind notwendig, um den Finanzbedarf zu decken. In der politischen Diskussion steht hier die Möglichkeit der Einbeziehung der Verkehrsverursacher, wie z. B. Arbeitgeber, Veranstalter, Einzelhandel, der Einbeziehung der Immobilien-Eigentümer sowie der Autofahrer*innen.

Grundvoraussetzung für den notwendigen Ausbau des Stadtbussystems sind neben den finanziellen Ressourcen auch ausreichend Personalressourcen in der Stadtverwaltung und bei den Stadtwerken, um Ausbau und Betrieb zu managen. Zudem ist ein klares Rollenverständnis und ein entsprechendes Prozessmanagement gemäß ÖPNV-Gesetz NRW zu implementieren.

Die Zeichen stehen unmissverständlich auf ein zeitnahes und entschlossenes Handeln im Verkehrsbereich, denn je länger wir die notwendigen Schritte hinausschieben, desto härter sind die Konsequenzen – gerade im finanziellen Bereich.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Weitz
Fraktionsvorsitzender



Simone Holderried
Fraktionsvorsitzende